

TÜL/ DIE LINKE • Stadtratsfraktion Tübingen

Anton Brenner – Traudl Horn-Metzger - Bernd Melchert – Gerlinde Strasdeit

Frischlinstraße 7 * 72074 Tübingen * tel 07071/21534 * fax über 07071-23946 * email:strasdeit@tonline.de

Tübingen, den 19.07.2009

Gemeinderat am 20.07.2009

**Ergänzungsanträge zum Antrag 150e /2009 - Kindersteuern abschaffen.
Gebühren- und Buchungssystem in den Kindertageseinrichtungen – aktualisierte Fassung**

- 1. Verzicht auf die Gebührenerhöhung**
- 2. Gebührenfreiheit für Einkommensstufe bis 20 400 €**
- 3. Wir beantragen Satzungsvereinfachungen: ab 4 Kinder generell gebührenfrei**
- 4. Jahreseinkommensschritte werden abgestuft in 1000 Euro Schritte (Derzeitige Staffe­lung im 10 000er Euro Schritt, Vorlage 150/2009 vom 29.5. waren es 5 000er Euro-Schritte , Vorlage 150e wieder 10 000er Schritt.)**
- 5. Das erste bzw. letzte Kindergartenjahr ist gebührenfrei**

Begründung:

zu 1: **Gebührenerhöhungen sind das falsche Signal.** SPD und Grüne machen Tübingen zur kinderfeindlichen Stadt, wenn sie beim Ranking Kindertagesgebühren das Schlusslicht werden wollen. Nehmen wir uns ein Beispiel an Stuttgart oder Heilbronn oder Trier.

zu 2: Keine unsoziale Staffe­lung! Wenn soziale Staffe­lung der Gebühren, dann bitte richtig.
Die unteren Einkommen müssen deutlicher entlastet werden.

zu 3: Die Satzung ist eine **bürokratische Überregulierung**, die niemand mehr versteht. Zum Beispiel gibt es wenige Fälle, die 4, 5 Kinder und mehr haben, deshalb können diese Tabellen gestrichen und vereinfacht werden. Dies ist ein rentenpolitisches Signal.

zu 4: **eine lineare Tabelle verwenden.**

Hauptmangel sind die Einkommenssprünge (10 000 er Schritte!) da bei wenigen Euro mehr Jahreseinkommen enorme Steigerungen der Gebühren bis 500% entstehen.

zu 5: endlich ein Signal setzen und die „de facto **Kindersteuer**“ **abschaffen**

Hinweis: Bildungseinrichtungen sollten grundsätzlich gebührenfrei sein. Deshalb sind wir skeptisch bei „sozial gestaffelten Erhöhungen“ , die zwischen unteren und mittleren Einkommen ausgleichen und nicht wirklich zwischen Arm und Reich differenzieren. Aber wir wollen auch keine Abwanderung der Kinder aus „reichen“ Familien in private Kindergärten. Deshalb: gemeinsames Spielen und Lernen aller Kinder in Tübingen fördern statt erschweren! Wer wirklich die Reichen zur Kasse bitten will, soll im Bund eine Millionärsteuer einführen

Fraktion TüL/DIE LINKE: Gerlinde Strasdeit